

Trotz Hungerstreik und Inhaftierung von JournalistInnen kaum Thema in deutschen Medien



Verletzung der Menschenrechte in der Türkei

Astrid Willer ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.

Der Besuch von Recep Tayyip Erdogan Ende Oktober 2012 anlässlich der Eröffnung der türkischen Botschaft in Berlin war Thema in allen deutschen Medien. Im Vordergrund der Berichterstattung stand neben der Lage der syrischen Flüchtlinge in der Türkei die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei und die Wiederbelebung der EU-Beitrittsverhandlungen. Die Verletzungen von Menschenrechten, Meinungs- und Religionsfreiheit, die in der Türkei nicht nur gegenüber der kurdischen Bevölkerung an der Tagesordnung sind, scheinen nicht relevant für die Frage des EU-Beitritts.

Hungerstreik von 700 kurdischen Inhaftierten weitet sich aus

Während Erdoğan in Deutschland weilte und Außenminister Westerwelle betonte, dass die EU-Beitrittsverhandlungen zügig wieder aufgenommen werden sollten, waren in der Türkei 700 kurdische Inhaftierte im Hungerstreik. Dieser begann am 12. September 2012, die Forderung ist die umfassende Anerkennung der kurdischen Sprache im öffentlichen Leben, auch vor Gericht, sowie die Aufhebung der Isolationshaft des PKK-Führers Abdullah Öcalan (PKK: Partiya Karkerên Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans), der auf der Gefängnisinsel Imralı bei Istanbul einsitzt und dem seit Monaten Besuche seiner Anwälte verwehrt werden. Amnesty International drückt in einer Pressemitteilung vom 23. Oktober 2012 Besorgnis darüber aus, dass einige der Inhaftierten offenbar für ihre Teilnahme am Hungerstreik mit Isolationshaft bestraft und auch misshandelt werden und fordert die türkischen Behörden auf, den Hungerstreik als friedliche Form des Protestes zu respektieren. | Viele der Beteiligten befinden sich nach mittlerweile acht Wochen der Nahrungsverweigerung in einem dramatischen Gesundheitszustand.

Dieser Hungerstreik fand im Rahmen des Erdoğan -Besuches in Deutschland kaum Erwähnung, ebenso wenig die Hintergründe. Erdoğan hatte zu Beginn seiner Amtszeit Hoffnungen auf eine konstruktive Lösung des türkisch-kurdischen

Konfliktes geweckt. Viele KurdInnen haben ihm daher auch ihre Stimme gegeben. Seit die Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP - deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) über die absolute Mehrheit verfügt ist davon nicht mehr die Rede. Zwar gibt es einige Erleichterungen bezüglich der Nutzung der kurdischen Sprache, aber diese sind halbherzig und beschränken sich auf wenige Bereiche. In Parlament und Gerichten ist Kurdisch nach wie vor verboten. Auch geheime Verhandlungen zwischen Regierung und PKK-Führung führten nicht zu Lösungen, da sie abgebrochen wurden, nachdem die Öffentlichkeit davon erfuhr. Sie hätten eventuell zu einer Entspannung führen können, zumal die PKK inzwischen nicht mehr auf einen eigenen Staat beharrt, sondern das Modell einer Autonomie in einer föderal organisierten Türkei propagiert.

Angesichts der nicht eingehaltenen Versprechen Erdoğan's und verstärkter Operationen des türkischen Militärs im Grenzgebiet zum Irak, dem Rückzugsgebiet der PKK, flammten auch die bewaffneten Auseinandersetzungen wieder auf. Tausende kurdische Abgeordnete, BürgermeisterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen oder einfach nur TeilnehmerInnen an Demonstrationen sitzen mittlerweile im Gefängnis, als Haftgrund reichen schon kritische Äußerungen zur Kurdenpolitik der Regierung. Unter den Gefangenen sind auch viele Kinder und Jugendliche. Im März 2012 wurden Misshandlungen und Missbrauch von inhaftierten Kindern in einigen Gefängnissen presseöffentlich. Die BerichterstellerInnen wurden in der Folge auch inhaftiert.

| http://www.amnesty-tuerkei.de/wiki/Die_Rechte_von_Hungerstreikenden_m%C3%BCssen_beachtet_werden

„Anstatt den Konflikt zu entschärfen, propagiert er die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Todesstrafe für ‚Mord und Terror.‘“

Etwa 100 JournalistInnen in Haft oder unter Anklage

Nicht nur die Lage der kurdischen Bevölkerung in der Türkei hat sich verschlechtert. Auch Andersgläubige, GewerkschaftsvertreterInnen und kritische Medien werden eingeschüchtert und mit Prozessen überzogen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ verortet die Türkei auf einer Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 148 von 179. Drei Wochen vor Erdogans Besuch in Deutschland erschien der 15. EU-Fortschrittsbericht, der der Türkei anhaltende Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit bescheinigt.

Kritisiert werden u. a. die Inhaftierungen von ca. einhundert SchriftstellerInnen, VerlegerInnen und JournalistInnen, die zurzeit in der Türkei hinter Gittern sitzen bzw. gegen die Gerichtsverfahren laufen. Regierungskritische Äußerungen werden zum Anlass genommen, Mitarbeitende zumeist linker, gewerkschaftsnaher oder kurdischer Medien unter dem Vorwurf terroristischer Aktivitäten und Zugehörigkeit zur PKK-nahen „Union der Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK) in Haft zu nehmen. Die Verhaftungen finden meist ohne Beweis und unter fadenscheinigen Begründungen statt. Eine Journalistin wurde beispielsweise der Herabwürdigung der Türkei und der Nähe zur KCK beschuldigt aufgrund ihrer Berichterstattung zu sexueller Belästigung bei Turkish Airlines.² Ermöglicht werden solche Verhaftungen durch die Anti-Terror-Gesetze, mit denen die u. a. im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen zum Teil reformierten Gesetze zu Meinungs- und Pressefreiheit wieder außer Kraft gesetzt werden können. Den Angeklagten drohen drakonische Strafen. Die Journalistin Hatice Duman wurde Mitte Oktober zu lebenslanger Haft verurteilt. Neben der Strafverfolgung wird zahlreichen JournalistInnen aufgrund kritischer Berichterstattung auch

² <http://www.freitag.de/autoren/the-guardian/worte-zu-gewehrkugeln> oder <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1862695/>

gekündigt. Der EU-Fortschrittsbericht spricht von Selbstzensur als Folge der Einschüchterungspolitik. Die internationale JournalistInnen-Vereinigung hat eine Kampagne für die Freilassung der Inhaftierten gestartet.³ Auch die Deutsche Journalisten Union bei verdi beteiligt sich und übernimmt Patenschaften für Gefangene.

Menschenrechte schützen und einfordern

Dass die menschenrechtliche Lage in der Türkei anlässlich des Erdoğan-Besuches wenigsten am Rande Eingang in die mediale Berichterstattung fand, ist vor allem einem Protest-Aufruf eines Bündnisses verschiedener alevitischer, armenischer und kurdischer Gruppen geschuldet, dem ca. 3.000 Menschen nach Berlin folgten. Sie kritisierten Erdogans Politik als antidemokratisch und gewerkschaftsfeindlich und griffen auch seine Syrienpolitik als kriegstreibend an. Erdoğan bleibt von derartiger Kritik unberührt. Anstatt den Konflikt zu entschärfen, propagierte er die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Todesstrafe für „Mord und Terror“. Den Hungerstreik bezeichnete er zunächst als „Show“.

Angesichts der Zuspitzung der gesundheitlichen Situation vieler Hungerstreikender gab es schließlich auch in Deutschland Solidaritätskundgebungen und Aufforderungen an die Bundesregierung ihren politischen Einfluss gegenüber der Türkei geltend zu machen, verbunden mit einer Kritik an Rüstungsexporten in die Türkei und an Zusagen ihrer Unterstützung in der so genannten Terrorbekämpfung.

Während Erdogans Aufenthalt in Deutschland war auch viel von den „Deutsch-TürkInnen“ und den Schwierigkeiten und Erfolgen ihrer Integration die Rede. Die Tatsache, dass viele der hier lebenden Menschen aus der Türkei kurdischer oder armenischer

³ <http://europe.ifj.org/en/pages/turkey-campaign-set-journalists-free#campaign>

Herkunft oder alevitischen Glaubens sind und nicht zuletzt wegen ihrer Diskriminierung und Verfolgung in der Türkei nach Deutschland kamen, wurde nicht thematisiert. Das erfolgreiche Zusammenleben von Deutschen und Zugewanderten und die Möglichkeit und Bereitschaft sich im Einwanderungsland Deutschland einzubringen hängt jedoch auch davon ab, ob sich auch diese Gruppen anlässlich von Staatsbesuchen von hiesigen RegierungsvertreterInnen und Medien gesehen und vertreten fühlen, und ob sie in ihren Belangen Ernst genommen werden, z. B. durch muttersprachlichen Unterricht nicht nur in der türkischen, sondern auch der kurdischen Sprache.



Weitere Informationen zur Pressefreiheit in der Türkei: <http://dju.verdi.de/internationales/journalistenprozesse> und http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2011/Tuerkei-Bericht_zur_Lage_der_Pressefreiheit__engl_.pdf